

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

27.03.2023

Inhalt

EWN

1 Demo gegen LNG-Terminal legt Rügenbrücke lahm <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 25.03.2023</i>	3
2 Friedrich Merz zu LNG-Plänen vor Rügen: „Bürger müssen in den sauren Apfel beißen“ <i>Ostsee-Zeitung.de, 24.03.2023</i>	4
3 Anschlag auf Nord-Stream-Pipeline: Dänemark will mit Russland Objekt aus Ostsee bergen <i>Ostsee-Zeitung.de, 24.03.2023</i>	5
4 Machtkampf Schwesig gegen SELLERING – und MV ist Verlierer <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 25.03.2023</i>	6
5 Von Atom-Euphorie zum Freizeitpark <i>Bremer Nachrichten Bremen, 27.03.2023</i>	8

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 25.03.2023 | S. 12

📄 Auflage: 9.110 | Reichweite: 20.202

👤 Anne Ziebarth, Ines Sommer

Demo gegen LNG-Terminal legt Rügenbrücke lahm

Ein von der Gruppe „Bürger auf Rügen“ geplanter Autokorso startet am Sonnabend / Verkehrsbehinderungen erwartet

Das gibt es nicht alle Tage! Mit Stau auf der Rügenbrücke rechnet man ja mal wegen Wartungsarbeiten. Aber dass eine Demonstration zu einer Vollsperrung der Hauptzufahrt der Insel führt, ist neu. Heute wollen die „Bürger auf Rügen“ gegen das geplante LNG-Terminal vor Rügen protestieren und mit einem Autokorso auf die Rügenbrücke fahren.

Wie der Kreis mitteilt, ist die Demonstration ab 13 bis etwa 14 Uhr geplant, ein Autokorso mit rund 200 Fahrzeugen wird sich über die Rügenbrücke bewegen. Auf der Brücke selbst ist eine Zwischenkundgebung geplant. Die Sicherung und Sperrung soll durch die Anlagen der Rügenbrücke und der Polizei erfolgen. In Stralsund auf der Mahnkeschen Wiese soll ab 11.30 Uhr Treffpunkt sein, danach setzt sich der Tross Richtung Rügenbrücke in Bewegung. In Bergen ist ab 11.15 Uhr ein Treff an der Industriestraße geplant.

Bekannt wurden die „Bürger auf Rügen“ durch Veranstaltungen auf dem Bergener Markt, Kritik an den Corona-Maßnahmen der Regierung, aber auch durch die unmoderierten Darstellungen von Populismus auf ihrem Telegram-Kanal.

Genehmigt wurde die Aktion vom Landkreis Vorpommern-Rügen. „Das Versammlungsrecht hat in Deutschland einen hohen Grundrechtsstatus“, so Landrat Stefan Kerth (SPD). „Im Hinblick auf die angemeldete Versammlung fanden vorab Gespräche mit der Polizei statt. Ihrer Einschätzung nach liegt keine große Gefahrenlage vor, weshalb sie der Durchführung der Versammlung grundsätzlich zustimmt - un-

ter der Maßgabe der Verlegung auf die Zeit von 13 bis 14 Uhr, in der die Ziegelgrabenbrücke jederzeit von Fahrzeugen und Fußgängern passierbar ist.“

Es stehe jeder Grundrechtsträgerin und jedem Grundrechtsträger frei, eine Versammlung unter freiem Himmel anzumelden, heißt es vom Kreis. „Grundsätzlich wünsche ich mir, dass Bürgerinnen und Bürger beim Anmelden einer Versammlung Rücksicht auf ihre Mitbürger nehmen und bedenken, dass die Sperrung eines großen Verkehrsstranges, wie der Rügenbrücke, umfangreiche Auswirkungen hat“, so Kerth.

Dass die Rügenbrücke für Proteste genutzt wird, gab es erst 2023, als ein Autokorso unterwegs war, allerdings ohne Sperrung, sondern nur mit Begleitung. Eine einseitige Sperrung der 2007 gebauten Brücke erfolgte im Oktober 2018. Mit der Veranstaltung vor fünf Jahren wollte die Gruppe auf die humanitäre Katastrophe im südlichen Mittelmeer aufmerksam machen. Weil die knapp 100 Radler vom Alten Markt in Stralsund bis zu dem Pylonen auf der Brücke fahren wollten, wurde die Brückenfahrbahn in Richtung Stralsund stundenlang gesperrt. Der Verkehr wurde über den Rügendamm umgeleitet. Da auch dieser teilweise nur einspurig befahrbar war, staute sich der Verkehr, und das sorgte für viel Frust bei den Autofahrern.

Am 4. Juli 2011 gab es im Morgengrauen eine Aktion der Linken. Sie blockierten die Rügenbrücke, um gegen niedrige Löhne in der Gastronomie zu protestieren.

📄 Ostsee-Zeitung.de | 24.03.2023

👤 Sarah Klas

🔗 WEBLINK

CDU-CHEF FRIEDRICH MERZ ZU GAST BEIM RND-TALK VOR ORT IN ROSTOCK: VOR RUND 200 ZUSCHAUERN STELLTE ER SICH DEN FRAGEN VON OZ UND REDAKTIONSNETZWERK DEUTSCHLAND

Friedrich Merz zu LNG-Plänen vor Rügen: „Bürger müssen in den sauren Apfel beißen“

Einige seiner Antworten erschreckten das Publikum – zum Beispiel seine Aussagen zum geplanten LNG-Terminal vor der Küste Rügens. Auch zum Streit um eine Flüchtlingsunterkunft in Upahl nahm Merz Stellung.

Rostock. Deutschlands CDU-Vorsitzender Friedrich Merz im Fokus: Am Freitagnachmittag stellte er sich in Rostock den Fragen von OSTSEE-ZEITUNG und Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Kristina Dunz, stellv. RND-Hauptstadtbüroleiterin, und Andreas Ebel, OZ-Chefredakteur, besprachen mit ihm Themen wie die Zukunft der Union, Klimawandel, Bürgergeld und die Aufnahme von Geflüchteten. Im Fokus standen auch regionale Themen, wie die geplante Containerunterkunft für 400 Geflüchtete in Upahl (Nordwestmecklenburg) und der Bau eines LNG-Terminals vor der Küste Rügens.

Reinhard Liedtke, Bürgermeister von Sellin auf Rügen, war vor Ort, um Merz zum Standpunkt der CDU im Thema Flüssiggas-Terminals vor Rügens Küste zu befragen. Merz, der mit den regionalen Plänen wenig vertraut schien, antwortete, dass der Bedarf weiterer LNG-Terminals überprüft werden müsse. „Bürger müssen hinnehmen, dass solche Bauwerke entstehen“, sagte der Oppositionsführer. Es brauche verflüssigtes Gas in großem Umfang, aber auch andere Alternativen – wie den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken –, müsse man bedenken.

Auch wenn sich Merz in dem Thema nicht auf eine Seite stellen wolle, erwiderte er auf gezielte Nachfrage

von Kristina Dunz: „Ja, das ist ein Appell an die Bürger, in den sauren Apfel zu beißen.“ Er verwies auf seinen Parteikollegen Philipp Amthor, der ebenfalls im Publikum des RND-Talk vor Ort im OZ-Saal saß, dass er sich mit ihm als ortskundiger MVler zu dem Thema austausche.

Nordwestmecklenburgs Landrat Tino Schomann (CDU) saß auch im Publikum und wandte sich mit seiner Frage zum Umgang mit den Protesten in Upahl an den Parteichef. „Wie sollen wir Kommunalpolitiker mit dem Druck umgehen?“ Damit meinte er die Anzahl der Geflüchteten, die der Landkreis aufnehmen müsse. Das geplante Containerdorf für 400 Geflüchtete in Upahl löste zuletzt heftige Kritik und Proteste unter den Einwohnern aus.

Merz kündigte ein Treffen mit allen Landräten und Oberbürgermeistern an, um mit ihnen über die Aufnahme von Geflüchteten zu sprechen und Lösungen zu finden. Über 300 hätten bisher zugesagt. „Die Kommunen sind begrenzt in ihren Einsatzmöglichkeiten, der Bund muss die Situation regeln“, sagte er. Er fordert Kontrollen an den Binnengrenzen, wenn die EU-Grenzen nicht ausreichend geschützt würden. Auf Nachfrage von Kristina Dunz erläuterte er dieses Vorhaben mit Autokontrollen.

 Ostsee-Zeitung.de | 24.03.2023 dpa WEBLINK

Anschlag auf Nord-Stream-Pipeline: Dänemark will mit Russland Objekt aus Ostsee bergen

Rund sechs Monate nach den Explosionen an den Nord-Stream-Gaspipelines will Dänemark gemeinsam mit Russland einen verdächtigen Gegenstand bergen, der kürzlich neben den Röhren gefunden wurde.

Kopenhagen/Moskau. Die dänischen Behörden hätten das etwa 40 Zentimeter hohe und zylinderförmige Objekt auf dem Grund der Ostsee bereits untersucht, teilte die Energiebehörde in Kopenhagen am Donnerstagabend mit. Unmittelbar gehe davon kein Sicherheitsrisiko aus. Es sei möglich, dass es sich um eine Rauchboje handle. Um das aber abschließend zu klären, soll der Gegenstand nun geborgen werden.

In diesem Zusammenhang habe man der Nord Stream 2 AG angeboten, an der Bergung teilzunehmen, hieß es in der Mitteilung der dänischen Energiebehörde. In Moskau wurde das begrüßt. „Es ist eine positive Nachricht, wenn der Pipeline-Eigentümer zu wichtigen Ermittlungshandlungen eingeladen wird“, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Freitag der Agentur Interfax zufolge. Es müsse untersucht werden, ob das

gefundene Objekt etwas mit dem „Terrorakt“ an den Nord-Stream-Leitungen zu tun habe, meinte er.

Und – entgegen dänischer Informationen – fügte er hinzu: „Und anscheinend hat es das.“ Ende September 2022 waren als Folge von Explosionen nahe der dänischen Ostsee-Insel Bornholm insgesamt vier Lecks an den beiden Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 entdeckt worden. Die Behörden gehen von Sabotage aus. Wer dafür verantwortlich ist, ist unklar. Deutschland, Schweden und Dänemark haben Ermittlungen aufgenommen. Deutsche Regierungspolitiker warnten zuletzt vor voreiligen Schlüssen und mahnten dazu, ein Ende der Untersuchungen abzuwarten. Moskau hingegen hat bereits kurz nach dem Anschlag die „Angelsachsen“ - also Briten und Amerikaner - verantwortlich gemacht.

Machtkampf Schwesig gegen Sellering – und MV ist Verlierer

Der Chef der Klimastiftung hat seinen Rücktritt vom Rücktritt erklärt. Damit bleibt er der größte Klotz am Bein der Ministerpräsidentin – und politisch brandgefährlich.

Schwerin. Erwin Sellering und Manuela Schwesig, der 73-jährige Ex-Ministerpräsident und die 47-jährige amtierende Regierungschefin – die politische Geschichte der beiden Sozialdemokraten scheint unendlich zu sein, immer wieder werden neue Kapitel aufgeschlagen. Jetzt schreckt Sellering in seiner unnachahmlichen Art die Staatskanzlei erneut auf: mit einem Brief an den Vorsitzenden des Rechtsausschusses.

Der wird selbstverständlich parallel auch an die Medien durchgestoßen. In dem Schreiben deutet Sellering in seinem jovial-oberlehrerhaften Ton und garniert mit knallharten Botschaften den Rücktritt vom Rücktritt als Vorstand der Klimastiftung an.

Schwesig will Stiftung endlich loswerden

„Für den Vorstand wird es immer mehr zur Gewissensfrage, ob er seine Zusage zum Rücktritt einhalten kann, wenn dies für offensichtlich rechtswidriges Handeln genutzt würde“, betont der gelernte Jurist in dem Schreiben, das dem Nordkurier vorliegt. Hintergrund ist, dass Sellering eine Auflösung der Klimastiftung für rechtlich unmöglich hält, weil diese über Geld verfüge und der Stiftungszweck – Einsatz für den Klimaschutz – erfüllt werden könne. Schwesig dagegen will die Stiftung aus der Welt schaffen, weil ein weiterer Zweck darin bestand, den Fertigbau der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 für russisches Erdgas gegen US-amerikanische Sanktionsdrohungen sicherzustellen.

Schwesigs Plan ist, nach dem Rücktritt des alten Vorstands einen neuen einzusetzen, der die Stiftung dann auflösen soll.

Sellering-Aussagen mit geringer Halbwertszeit

Zur Erinnerung: Erst Anfang März hatte Sellering den Rücktritt des Vorstandes der umstrittenen Klimastiftung MV in einer eigens einberufenen Pressekonferenz angekündigt. Zuvor müssten nur noch einige Testate von Wirtschaftsprüfern vorliegen, was kurzfristig der

Fall sein würde – so hatte es der Ex-Ministerpräsident vor großer Medienrunde gewohnt selbstgefällig berichtet.

Es sind diese geringen Halbwertszeiten der Sellering-Aussagen, die Manuela Schwesig das politische (Über-)Leben immer wieder erschweren. Der alte Regierungschef treibt die neue Chef in vor sich her – die wiederum gibt sich schon erstaunlich lange geduldig, versucht, die Situation nicht eskalieren zu lassen.

Auf die aktuelle Kehrtwende angesprochen, sagte ein Sprecher der Landesregierung dem Nordkurier: „Wir gehen davon aus, dass es bei der gemeinsamen Erklärung von Landesregierung und Stiftungsvorstand vom 17. Mai 2022 und den Ankündigungen der Vorstandsmitglieder in der Landespressekonferenz vom 7. März 2023 bleibt. Es ist gut, dass der Vorstand der Stiftung demnächst im Rechtsausschuss über seine Arbeit und auch über seine rechtlichen Vorstellungen zur Zukunft der Stiftung berichten kann.“

Fatale Außendarstellung von MV in Deutschland

Ein Zitat, bei dem regelrecht zu spüren ist, wie sehr sich die Schwesig-Administration in ihren öffentlichen Aussagen bremsen muss, um nicht Öl ins lodernde politische Feuer zu gießen.

Dabei ist es ein offenes Geheimnis, dass in der Landesregierung über Erwin Sellering mittlerweile nur noch Kopfschütteln herrscht. Der Eindruck, dass es Sellering im Ruhestand genießt, noch mal auf der politischen Bühne machtvoll zu agieren, lässt sich nur schwer vom Tisch wischen.

Dabei ist Sellering für Schwesig brandgefährlich – trotz aller Versuche wird die Ministerpräsidentin den ganzen Ärger um die Klimastiftung, den Nord-Stream-Bau und die bis zum Kriegsbeginn vor gut einem Jahr engen politischen, wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen sowie gegebenenfalls auch Abhängigkeiten mit Russland nicht los. Es ist nicht nur die Op-

position – die FDP spricht von „Schmierentheater“, die CDU bezeichnet „Herrn Sellering und nicht Frau Schwesig als Wirt, der die Rechnung macht“ –, die die Regierungschefin unter Druck setzen und nerven. Es ist in der Zwischenzeit auch die fatale Außendarstellung, die Mecklenburg-Vorpommern bundesweit abgibt.

„Unser Land verliert zunehmend an Ansehen. Nicht nur in Deutschland, sondern auch bei unseren europäischen Nachbarn. So werden wir keine Investoren

für MV begeistern“, sagte in dieser Woche Sven Müller, Geschäftsführer der Vereinigung der Unternehmerverbände in MV, hinsichtlich der Endlos-Debatte um die Klimastiftung. „Werbung für unseren Wirtschaftsstandort, für das Land zum Leben und Arbeiten ist diese Form der politischen Auseinandersetzung nicht“, machte Müller deutlich.

Ob Erwin Sellering und Manuela Schwesig darüber schon einmal nachgedacht haben? Wenn ja, sollten sie schleunigst endlich ein Schlusskapital schreiben.

Bremer Nachrichten Bremen | 27.03.2023 | S. 3

Auflage: 5.837 | Reichweite: 17.156

Björn Hartmann

ATOMKRAFT**Von Atom-Euphorie zum Freizeitpark****Kernenergie: Über Anfang und Ende der AKW in Deutschland**

Am 15. April endet in Deutschland die Atom-Ära. Dann sollen die letzten drei Kraftwerke abgeschaltet werden. Vom ersten Atomminister über die Straßenschlachten am AKW Brokdorf und der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf bis zum Aus für die jetzt ungeliebten Anlagen dauerte es 68 Jahre.

Wann begann das Atomzeitalter in der Bundesrepublik?

Unter Kanzler Konrad Adenauer (CDU) begann die Bundesrepublik 1955, Reaktoren für den zivilen Gebrauch zu erforschen und zu entwickeln. Adenauer schuf ein Ministerium für Atomfragen. Erster Atomminister wurde Franz-Josef Strauß. Der CSU-Politiker entwickelte einen Plan für das deutsche Atomprogramm.

Wann startete die erste Anlage?

Der erste funktionsfähige Reaktor in Deutschland startete am 31. Oktober 1957 an der Technischen Universität München. Die wegen ihrer Form Atom-Ei genannte Forschungsanlage hatte eine Leistung von vier Megawatt und wurde bis Juli 2000 genutzt. Sie wird derzeit abgerissen. Erste Versuche, einen Reaktor zu bauen, gab es bereits Anfang der 1940er-Jahre. Die Anlagen konnten aber keine sich erhaltende Kettenreaktion auslösen und somit keinen Strom erzeugen. Den ersten Strom aus Kernenergie speiste die Versuchsanlage Kahl am Main im nordwestlichsten Zipfel Bayerns 1962 ins deutsche Netz ein. Als letztes AKW startete am 1. November 1989 Neckarwestheim 2.

Wie viele Anlagen waren in Betrieb?

Der World Nuclear Industry Report listet insgesamt 36 Reaktorblöcke in Deutschland auf, wobei allein in Greifswald an der Ostsee, dem wichtigsten AKW-Standort der DDR, fünf davon standen. Bei sechs weiteren begann der Bau, sie gingen aber nie ans Netz, darunter drei Blöcke in Greifswald, zwei in Stendal

(Mecklenburg-Vorpommern) und der Schnelle Brüter in Kalkar am Niederrhein. 18 weitere Kraftwerksblöcke wurden geplant, aber nie gebaut. Am längsten liefen die AKW Biblis A und Obrigheim (Baden-Württemberg), Grundremmingen C (Bayern) sowie Grohnde in Niedersachsen mit je 37 Jahren. Die wenigste Zeit lief Greifswald 5: 23 Tage im November 1989.

Wie viel Strom haben die deutschen AKW erzeugt?

Hochzeit der Atomenergie waren die 1990er- und 2000er-Jahre. 1997 war ein Rekordjahr: Die Kraftwerke lieferten 30,8 Prozent des Stroms in Deutschland. 2022 waren es noch 6,5 Prozent.

Wie störanfällig waren die Anlagen?

Der erste Störfall der deutschen Atomgeschichte ereignete sich offenbar 1942 in Leipzig, als sich während eines Versuchs Wasserstoff bildete und explodierte. Seit Atomkraftwerke in Deutschland Strom erzeugen, gab es Pannen. Insgesamt fast 6600 meldepflichtige Störfälle verzeichnet das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base). Am anfälligsten war der Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop (Nordrhein-Westfalen). In fünf Jahren gab es 125 Störfälle. Die wohl größte Panne war eine Wasserstoffexplosion im AKW Brunsbüttel 1991. Der Betrieb der deutschen Anlagen galt grundsätzlich als recht sicher. Große Mengen radioaktiver Strahlung wurden nicht freigesetzt.

Wie viel Atommüll muss gelagert werden?

Das Base geht von rund 27.000 Kubikmetern Kernbrennstoffen aus, die entsorgt werden müssen, wenn die letzten AKW abgeschaltet sind. Derzeit wird der stark strahlende Atommüll in Spezialbehältern an 16 Orten zwischengelagert, meist direkt auf dem Gelände ehemaliger Atomkraftwerke. Ein Endlager ist

noch nicht gefunden. Das Verfahren läuft. Zuletzt hieß es, ein Standort werde wohl im Jahr 2068 festgelegt. Schwach und mittelradioaktives Material, etwa vom Rückbau der Atomkraftwerke, wird zum Teil im Schacht Konrad in Niedersachsen gelagert werden.

Wie viele Anlagen wurden inzwischen abgerissen?

Die meisten abgeschalteten AKW werden inzwischen zurückgebaut. Besonders spektakulär: 2020 wurden die Kühltürme der Kraftwerke Philippsburg 1 und 2 südlich Mannheims gesprengt. Sie waren jahrzehntelang Landmarken im flachen Rheintal. Vier Anlagen stehen noch vor dem Abriss, drei sind vollständig beseitigt. Eine Kuriosität ist das Schiff „Otto Hahn“, benannt nach dem Entdecker der Kernspaltung. Es war von 1968 an unter deutscher Flagge mit Atomtrieb unterwegs. Der wirtschaftliche Durchbruch des Antriebs blieb aus, unter anderem wegen Sicherheitsbedenken in den Häfen. 1979 wurde der Reaktor ausgebaut, das Schiff verkauft. Es wurde 2009 verschrottet.

Wann endet die atomare Stromproduktion in Deutschland?

Das deutsche Atomgesetz sieht vor, dass die letzten drei noch laufenden Atomkraftwerke bis zum 15. April abgeschaltet werden müssen. Sehr viel länger reichen auch die Brennelemente an den AKW Emsland (Niedersachsen), Neckarwestheim 2 (Baden-Württemberg) und Isar 2 (Bayern) nicht. Die Betreibergesellschaften Eon, RWE und EnBW haben sich längst von der Atomenergie verabschiedet, setzen auf erneuerbare Energien, Handel und Netze.

Warum werden die Kraftwerke abgeschaltet?

Nach den Protesten gegen die Atomkraft und vor allem

nach dem Atomunfall in Tschernobyl 1986 wandelte sich die Stimmung in Deutschland. In Tschernobyl, damals in der Sowjetunion, explodierte der Reaktorblock 4, zehn Tage lang wurde Radioaktivität freigesetzt, verteilte sich über die Nordhalbkugel. Es gab Verbote, bestimmte Lebensmittel wie Pilze zu essen, in denen sich Radioaktivität sammelte. Große Flächen im Norden der heutigen Ukraine wurden unbewohnbar. Bis zum Atomausstieg dauerte es dennoch. Die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder (SPD) beschloss ihn 2002.

Acht Jahre später stoppte die CDU-FDP-Regierung unter Angela Merkel (CDU) den Ausstieg. 2011, nach dem schweren Reaktorunglück im japanischen Atomkraftwerk Fukushima, in dem es nach einem Tsunami zu einer Kernschmelze kam, beschloss die schwarzrote Bundesregierung unter Merkel das endgültige Aus bis Ende 2022. Aus Angst vor einer Energiekrise in Deutschland als Folge des Ukraine-Kriegs verlängerte die Koalition aus SPD, Grünen und FDP unter Olaf Scholz (SPD) die Laufzeit einmalig bis zum 15. April 2023.

Wann werden die letzten Atommeiler verschwunden sein?

Der Rückbau dauert, weil ein Atomkraftwerk wegen der Strahlung im Inneren nicht einfach abgerissen werden kann. Für große Anlagen sind teilweise mehr als 20 Jahre angesetzt. Im Idealfall sieht es hinterher so aus wie in Kahl. Eine Gedenkturbine vor grüner Wiese erinnert an das erste deutsche AKW, das Strom einspeiste. So soll es an anderen Standorten später auch einmal aussehen. Manche Gebäude lassen sich nach dem Rückbau auch weiter nutzen, etwa als Technologiepark. Eine Anlage bleibt garantiert stehen – zumindest zum Teil. Gebäude und Kühlturm des Schnellen Brüters in Kalkar sind inzwischen ein Freizeitpark.